https://strategic-culture.su/news/2025/08/02/the-tariffs-hide-the-true-prize-for-trump-and-western-oligarchies/

Die Zölle verbergen den wahren Preis für Trump und die westlichen Oligarchien

Wenn eine Gesellschaft aufhört, über das von ihr gewünschte Zukunftsmodell nachzudenken, und sich von den Gezeiten treiben lässt, bleiben ihr nur die Reste der Entscheidungen anderer.

2. August 2025 | Hugo Dionísio

Wenn es etwas gibt, das wir aus diesem US-Zollangriff mitnehmen können, dann ist es die Bestätigung, dass es in der Tat extrem gefährlich ist, ein „Verbündeter“ oder „Freund“ dieser Nation zu sein. Abgesehen von den äußerst selbstzerstörerischen Verpflichtungen, an die ihre Verbündeten gebunden sind – die von Kriegserklärungen an Mächte wie Russland über die Akzeptanz und Normalisierung von Völkermord bis hin zur Verhängung selbstmörderischer Sanktionen und Zölle gegen Wirtschaftsblöcke wie China reichen können, ganz zu schweigen vom „Teilen“ der besten Geschäftsabschlüsse und fortschrittlichsten Technologien – ist die Dynamik selbst in den Zollbeziehungen tödlich gefährlich.

Es ist, als ob die USA ihren Vasallen sagen würden: „Vasallentum reicht nicht mehr aus“; „all die kommerziellen, militärischen, wirtschaftlichen und politischen Vorteile, die uns das Vasallentum gewährt, reichen nicht mehr aus“; „jetzt müsst ihr für das Recht, unsere Vasallen zu sein, bezahlen“; „ein Tribut für das Recht, Tribut zu zahlen.“

Der Preis für das „Recht auf Vasallentum“, das „Recht“, dem eigenen wirtschaftlichen Niedergang beizuwohnen, die Umwandlung fortgeschrittener Volkswirtschaften in bloße wirtschaftliche Bevollmächtigte, wird durch asymmetrische Zölle bezahlt. „Um hier zu verkaufen, müsst ihr hohe Zölle zahlen, und abgesehen von den Zöllen, die eure Wirtschaft lähmen, müsst ihr auch die wirtschaftlichen Ergebnisse dieses Handels und all sein indirektes wirtschaftliches Potenzial an uns abtreten – mit anderen Worten: „Es gehört alles uns“.

Die EU-Kommission bezeichnete diesen räuberischen Pakt, diesen Akt der wirtschaftlichen Bombardierung und Sabotage, als „ausgewogenes Abkommen“. Und alle haben zugesehen, die einen

mehr, die anderen weniger stoisch, aber sie haben es hingenommen wie fügsames Vieh in einer willfährigen Herde. Ist das wirklich so?

Trotz allem, was ich gesagt habe, zweifle ich immer noch daran, ob wir Ursula von der Leyens unterwürfige Haltung gegenüber Trump als eine Kapitulation der europäischen Wirtschaft vor dem Willen des Weißen Hauses interpretieren können. Nicht, dass dies nicht ihre Absicht wäre oder dass die ehemalige Verteidigungsministerin unter Merkel und Stanford-Absolventin nicht gerade wegen eines solchen Verhaltens das Amt des Präsidenten der EU-Kommission bekleidet. Mir scheint jedoch, dass dieses „umfassende Abkommen“ angesichts der Erfolgsbilanz dieser EU-Kommission und ihres Mangels an den notwendigen Kompetenzen, um alles auszuhandeln, was angekündigt wurde, anderen Zwecken dient.

Das Abkommen dient anderen Zwecken

Es sollte kein Zweifel an der Rolle bestehen, die diese EU-Kommission bei der Vereinnahmung der europäischen Wirtschaft durch die USA spielt, indem sie diese auf wenig mehr als eine von den Strategien der Metropolen abhängige merkantile Erweiterung reduziert. Es gibt zahllose Fälle, in denen von der Leyen als Vermittlerin von US-Interessen und als Förderin amerikanischer Agenden in Europa aufgetreten ist – insbesondere solcher, die in direktem Wettbewerb mit der Russischen Föderation stehen und auf deren wirtschaftliche Schwächung und schließliche Zerstörung abzielen. Das ist nichts, was wir nicht schon einmal diskutiert haben.

Als Reaktion auf die Dominanz russischer Energie in der EU und die entscheidende Rolle, die der einfache, schnelle und billige Zugang zu riesigen Gasmengen für Volkswirtschaften wie die deutsche spielt, hat von der Leyen die Zerstörung von NordStream entschuldigend verschwiegen, Zahlungsmechanismen sanktioniert, um den Kauf russischer Energie zu verhindern, und überschwänglich für amerikanisches Flüssiggas und Öl geworben – wie sie es kürzlich wieder getan hat, indem sie fälschlicherweise von „besserer und billigerer“ Energie aus den USA sprach.

Um die Wirtschaft der Russischen Föderation zu schädigen, zögerte von der Leyen nicht, die europäische Wirtschaft zu vernichten – eine Tatsache, die uns angesichts der Familiengeschichte ihres Mannes Heiko von der Leyen und der Verbindungen der Familie von der Leyen zum Dritten Reich und zu Galizien (Polen/Ukraine) zutiefst beunruhigen sollte, ganz gleich, wie sehr sie versuchen, diese angestammten Verbindungen mit angeblichen Verwechslungen zwischen verschiedenen Zweigen der Familie zu verschleiern.

Aber wenn der russophobe Hass die Unterwerfung unter amerikanisches Gas und Öl rechtfertigen konnte, so kann dies nicht die Unterwerfung in anderen Bereichen wie Rüstung, Big Pharma, Halbleiter und der gesamten digitalen Wirtschaft erklären. Wie kann eine deutsche Frau, die in Belgien geboren wurde, einen solchen amerikanischen Patriotismus empfinden? Die Erklärung könnte in Ursulas familiärer Herkunft liegen, insbesondere in der Familie Albrecht, einer prominenten Adelsfamilie, die in Wirtschaft, Kultur und Medizin tätig ist.

Ursula von der Leyens Urgroßmutter Mary Ladson-Robertson, die mit ihrem Urgroßvater Carl Albrecht verheiratet war, stammte aus einer Sklavenhalterfamilie, die Baumwollplantagen in South Carolina bewirtschaftete. Wer glaubt, dass solche Dinge auf aristokratischer Ebene in Vergessenheit geraten, irrt sich gewaltig. Während Heikos Seite historische Verbindungen zur Ukraine hat, insbe-

sondere zu dem von Stalin beschlagnahmten Galizien, gehen Ursulas familiäre Verbindungen auf die Sklaven haltenden Südstaatler der Konföderierten Staaten zurück.

Es ist also kein Zufall, dass Ursula in der europäischen Hierarchie aufgestiegen ist. Alles deutet darauf hin, dass die Jahre, die Heiko mit seiner Promotion in Stanford verbracht hat, im Bereich der Machtverhältnisse nicht umsonst waren. Wie sehr man auch versuchte, Heikos Verbindungen zu Pfizer zu verschleiern – wie es prominente Medien taten – die Wahrheit ist, dass Orgenesis (ein US-Unternehmen), das vom Ehemann der Präsidentin der EU-Kommission geleitet wird, mit Pfizer und BioNTech bei der Entwicklung von mRNA-Impfstoffen, wie dem für COVID-19, zusammenarbeitete. Wie wir wissen, hat es die von der Leyen-Kommission auch auf dieser Ebene nicht leicht, nachdem sie im Fall Pfizergate vor Gericht unterlegen war.

Aber wir könnten noch viel weiter gehen und die Rolle einer Präsidentin der EU-Kommission – die nicht einmal gewählt wurde – als Förderer der US-Interessen hervorheben. Das spricht Bände darüber, warum sie tut, was sie tut, wie sie es tut, und warum in einer angeblichen „Demokratie“ eine solche Position von jemandem aus der rückschrittlichsten, konservativsten und versteinertsten Aristokratie unserer Zeit bekleidet wird. Wenn sie gewählt würde, hätte sie nicht einen Bruchteil der Zerstörungskraft, über die sie jetzt verfügt. Dies sagt uns viel über den verräterischen Charakter der EU und ihre subversive Rolle als Feind der Menschen, des Friedens und der Entwicklung.

Es war Ursulas Kommission, die den *Chips Act* ins Leben gerufen hat, der sicherstellt, dass die EU trotz des Zugangs zu den besten EUV-Halbleiterdruckern weiterhin Halbleiter aus den USA kauft, anstatt die Produktion fortschrittlicher Chips unter europäischer Marke zu fördern. Es war Ursula, die sich für höhere Zölle auf chinesische Photovoltaik-Paneele und Elektroautos einsetzte, um die US-Industrie in diesen Sektoren anzukurbeln, was genau die von ihrer Kommission proklamierte Energiewende auf fatale Weise untergräbt. Es gibt viele Beispiele für die Förderung von US-Interessen auf europäischem Boden unter der Hand der vdL-Kommission, wie wir hier erörtert haben.

Im Falle des „umfassenden“ Zoll- und Handelsabkommens mit Donald Trump geht es also nicht um die Absicht von der Leyens, die USA zu beschwichtigen und ihre hegemonialen Ambitionen zu retten, selbst wenn dies auf Kosten der Lebensqualität und der Lebensweise der europäischen Völker geschieht. Diese Absicht ist klar. Was jedoch nicht erkannt wird, ist der Versuch, mit diesem Abkommen Zeit zu gewinnen und sich aus der Fuchtel von Uncle Sam zu befreien, wie es Japan zu tun versucht. Vielleicht sehen einige Mitgliedstaaten dieses Abkommen als eine Gelegenheit, ihre Märkte zu diversifizieren und ihre Abhängigkeit von Trump-Fällen wie Spanien, Ungarn, der Slowakei oder sogar Frankreich zu verringern. Keiner dieser Zweifel, aus entgegengesetzten Gründen, steht im Raum.

Was auf dem Tisch liegt, ist der Grund, warum von der Leyen ein Abkommen ausgehandelt hat, für das sie nicht zuständig ist, da sich ihre Kompetenzen auf die Tarif- oder Zolldimension beschränken. Es stellt sich die Frage, ob von der Leyen sich dessen nicht bewusst ist oder ob die Mitgliedstaaten und ihre Regierungen sich dessen nicht bewusst sind. Und wenn sie sich dessen bewusst sind, warum lassen sie es geschehen?

Diese Fragen sind in der Tat am schwierigsten zu beantworten. Die Behauptung, dass ein solches „Abkommen“ der europäischen Wirtschaft unendlichen Schaden zufügen wird, ist ebenso überflüs-

sig wie sinnlos angesichts der konkreten Grenzen seiner Anwendung aus vielen Gründen. Die große Frage ist: Warum hat von der Leyen, wohl wissend, dass verschiedene europäische Länder solche ausgehandelten Beschlüsse ablehnen würden, darauf bestanden, sie trotzdem auszuhandeln? Glaubt jemand, dass das alles eine Farce ist? Dass dies eine große Farce ist?

Dies könnte auch eine Perspektive sein, die man in Anbetracht der Bedeutung von Erscheinungen und Erzählungen in der heutigen westlichen Politik in Betracht ziehen sollte.

Lassen Sie uns am Anfang beginnen: Warum ist es im Interesse der EU-Kommission und ihrer Unterstützer (wie Friedrich Merz), sich auf dieses Spiel mit Donald Trump einzulassen? Warum ist es im Interesse der oligarchischen Eliten der EU, sich auf eine unsaubere, unausgewogene Verhandlung einzulassen und dabei alle möglichen Vorteile zu verspielen? Im Falle von Ursula und Merz können wir davon ausgehen, dass ihre berufliche, unternehmerische und emotionale Bindung an die USA und an alles, was anti-russisch ist, einen Großteil ihrer Absicht erklärt, die EU dem schweren Stiefel der USA zu unterwerfen und sicherzustellen, dass sie nicht nach Osteuropa zurückdriftet. Aber was ist mit dem Rest der europäischen Länder?

Meiner Meinung nach wurde die Antwort bereits in diesem Artikel gegeben, als ich über die EU-Kommission als Krisenfabrik sprach und darüber, wie sie erzeugte oder angenommene Krisen nutzt, um die Rechte der Menschen, der Arbeiter und ihrer Familien zu unterdrücken. Für die europäischen oligarchischen Eliten ist die „Zollkrise“ ein weiterer Moment, um Angst zu schüren und sie zu nutzen, um die Interessen der arbeitenden Massen in der EU zu unterdrücken. Stunden nach der „Einigung“ sagte die deutsche Ministerin Katerine Reiche bereits, wir sollten „nach den USA schauen“ und dass „die Deutschen mehr arbeiten müssen“.

Mit anderen Worten: Während sie über künstliche Intelligenz, Digitalisierung und Produktivitätssteigerung reden – in einer Zeit, in der die Reichen noch nie in der Geschichte so viel Reichtum angehäuft haben – kommen die oligarchischen Eliten und ihre Lakaien und sagen uns, dass das nicht genug ist. Mehr Arbeitsstunden, weniger Freizeit, Angriffe auf die Renten, und das alles, ohne zu erklären, warum das, was früher funktionierte, heute nicht mehr funktioniert, wo wir doch über Technologien verfügen, die wir früher nie hatten. Jetzt, wo wir fast ohne Arbeit leben könnten, sagen sie uns: „Nein, ihr müsst viel mehr arbeiten.“

Portugiesische Unternehmer haben inzwischen gesagt, dass „15 Prozent überschaubar und besser als 30 Prozent sind“. Nach dieser Logik wären 30 Prozent besser als 100 Prozent, und 100 Prozent besser als 1000 Prozent. Das kann man als „Kartoffellogik“ bezeichnen, aber es verrät viel über die ultimative Natur der Trumpschen Erpressung und Unterwerfung. Das grundlegende Ziel sind nicht die Zölle, sondern alles, was sie mit sich ziehen. Wenn es darum geht, die Löhne zu erhöhen, die Arbeitszeit zu verkürzen oder die Arbeit mit Familie und Freizeit in Einklang zu bringen, ist das alles unmöglich - „die Wirtschaft kann das nicht verkraften.“ Aber eine Steigerung der Exportkosten um 15 Prozent verkraften? Das ist „verkraftbar“!

So hat Trump eine weitere perfekte Krise ausgelöst. Wenn der Neoliberalismus und die Institutionen, die ihn fördern (Washington, Wall Street, IWF, EU, Weltbank), Experten im Schaffen von Krisen sind, dann sind sie auch Experten darin, sie auszunutzen. Jeder erinnert sich daran, wie die Subprime-Krise genutzt wurde, um in der gesamten EU unter dem Deckmantel einer Staatsschuldenkrise Sparmaßnahmen durchzusetzen, bei denen es in Wirklichkeit um die Rettung der Deut-

schen Bank und indirekt auch der US-Banken ging. Die Wahrheit ist, dass wir bei jeder Krise, ob sie nun fabriziert oder ausgenutzt wird, am Ende alle ärmer sind. Diese Krise wird keine Ausnahme sein. Von der Leyens Aussage sagt uns alles, was wir wissen müssen: Turbulenzen, Instabilität und die Notwendigkeit, zu stabilisieren und Vorhersehbarkeit zu schaffen.

Mit der Androhung von Zöllen in Höhe von 30 Prozent hat Trump das ideale Szenario für Angst und deren Ausbeutung ausgelöst. Er schuf nicht nur die Voraussetzungen für die endgültige Unterwerfung der europäischen Wirtschaftsinteressen unter die der USA, sondern rechtfertigte auch deren Auslieferung durch die unterwürfigen politischen und wirtschaftlichen Eliten Europas. Die Angst, die er schürte, die Erpressung, die er initiierte – die Forderung nach Tribut für das Recht, ein Vasall zu sein und von den USA und ihrer imperialistischen Oligarchie wirtschaftlich gekapert zu werden – brachte ihm nicht nur 15 Prozent an Zöllen für seine Kassen ein, sondern erlaubte es vdL auch, sich als Retterin aufzuspielen, als die EU Anfang 2025 mit Zöllen von nur 1-2 Prozent konfrontiert war.

Letztlich zielten all diese monatelangen Diskussionen über Zölle nur darauf ab, das Instabilitätsszenario zu schaffen, an das sich vdL klammerte, um sich den eigentlichen Preis zu sichern: das, was mit dem Zollabkommen verbunden ist – Käufe von Waffen und Energie, ausländische Direktinvestitionen in den USA. Wenn Trumps Einzug ins Weiße Haus eine solche Kapitalverschiebung zunächst unwahrscheinlich machte, vor allem nach all dem, was bereits unter Biden geschehen war, so rechtfertigen die Angst und die Unterwerfung unter die Erpressung nun eine beispiellose Plünderung.

Doch was werden Staaten wie Frankreich, Italien oder Spanien von einem solchen Abkommen halten, deren Volkswirtschaften sich allmählich nach Osten orientieren, weiterhin russische Energie kaufen und die Ressourcen, die die EU nun an die USA abtreten will, dringend benötigen? Werden sie auf alle mehrjährigen Strukturfonds verzichten?

Ich gehe davon aus, dass die Haltung in dieser Angelegenheit zweideutig, vorsichtig und zynisch ist. Um Konflikte im so genannten „europäischen Zusammenhalt“ zu vermeiden – der immer mehr ausfranst –, werden diese Nationen das Zoll-Abkommen als das betrachten, was es ist: ein Marketinginstrument der EU-Kommission zur Förderung der US-Wirtschaft, das ohne die entsprechende Befugnis ausgehandelt wurde, und zwar auf autoritäre, autokratische und rücksichtslose Weise, mit dem Ziel, gleichzeitig eine Obergrenze und einen Katalysator für Energie- und Waffenkäufe made in USA zu schaffen und eine „Einladung“ zu Investitionen in diesem Land. Außerdem soll ein psychologischer Rahmen der Instabilität geschaffen werden, um die europäischen Arbeitnehmer einzuschüchtern. Alle haben etwas davon, außer den europäischen Arbeitnehmern und den Amerikanern.

Folglich war die Haltung: „Lasst sie verhandeln, denn wir werden nichts von dem anwenden, was sie meint, ausgehandelt zu haben“; „andererseits ist die erzeugte Angst für die Regierung nützlich, da sie dazu benutzt werden kann, die Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Familien zu beschneiden“; „lasst uns also so tun, als ob alles in Ordnung wäre.“ Dies ist die gleiche Haltung wie in der Ukraine, wo die überschwängliche verbale Unterstützung oft im Gegensatz zu konkreten Taten steht, mit Ausnahme von Viktor Orbán, der als Ausnahme von diesem heuchlerischen Durcheinander darauf besteht, das zu sagen, was er fühlt und sieht.

Tatsache ist, dass die Bedingungen für die Umsetzung des Abkommens eine Illusion sind. Es sind die Mitgliedstaaten, die entscheiden, ob sie Waffen kaufen oder nicht; es sind die Mitgliedstaaten, die entscheiden, ob sie US-Energie kaufen oder nicht; es sind die Mitgliedstaaten, die entscheiden, ob sie in den USA investieren oder nicht. Mit anderen Worten, Ursula von der Leyen hat in dieser Hinsicht keine Macht, weshalb sie diesen plumpen und missbräuchlichen Plan ausgeheckt hat, um die halbe Welt in dem Glauben zu lassen, sie könne verhandeln, was offensichtlich außerhalb ihrer Reichweite liegt. Die Gründe dafür liegen in ihrem Versuch, die vereinbarten Beträge als zu erreichende Ziele zu verwenden, die dann in der Medienpropaganda der Konzerne und bei institutionellen Treffen genutzt werden können, um die Regierungen der Mitgliedstaaten davon zu überzeugen, dass es notwendig ist, das einzuhalten, was sie vereinbart hat – und um ihnen die Mittel an die Hand zu geben, ihre jeweilige Bevölkerung davon zu überzeugen. Es ist ein Versuch, ein falsches Gefühl der Verpflichtung zu schaffen, wo keine besteht.

Vielleicht war es das Bewusstsein, dass dieses Gefühl der Verpflichtung nicht existiert, das Staaten wie Spanien, die sich mehr nach Osten orientieren, oder sogar Deutschland, das sich für die Angst interessiert, die soziale Rechte zerstört, aber weniger an erzwungenen Käufen interessiert ist, besänftigt hat. Für die meisten Staaten werden die Zölle zur Nebensache, da sie die Zölle und den Zwang, das zu kaufen, was sie nicht wollen – zumindest nicht in der angekündigten Höhe –, dazu nutzen können, soziale Rechte zu unterdrücken und so Millionen für Staaten und Arbeitgeber zu sparen. Die Zölle werden weitgehend kompensiert werden.

Wir stehen nicht nur vor einer weiteren der Krisen, die von der Leyen so gerne heraufbeschwört, um Ressourcen in die USA zu transferieren, sondern auch vor einer weiteren Farce, um die üblichen Verdächtigen zu täuschen. Eines ist sicher: Am Ende werden wir alle mit teurerer Energie dastehen (und sei es nur, um die Gewinne der europäischen Energiekonzerne zu mästen), mit mehr Waffen, um den bereits vorgezeichneten Weg des Krieges zu beschreiten, mit weniger Arbeitsrechten, niedrigeren Renten und einer noch schlechteren öffentlichen Versorgung und Infrastruktur. Parallel zu diesem Niedergang werden wir auch mit mehr Repression konfrontiert sein, da es notwendig sein wird, den sozialen Druck, der entsteht, auch mit Gewalt zu unterdrücken.

Wenn dieses Tarifabkommen für die EU nicht all das ist, was ich hier beschrieben habe, dann ist das Ergebnis noch schlimmer. Denn wenn es nicht nur ein Instrument ist – einerseits für den Druck, den von der Leyen auf die Mitgliedstaaten ausüben wird, um die gewünschten wirtschaftlichen Ergebnisse zu erzielen, und andererseits für die meisten westlichen Regierungen, um soziale und demokratische Rechte zu untergraben – und wenn es nicht nur Heuchelei von denen ist, die bereits wissen, dass sie sich nicht daran halten werden, aber nichts tun, weil sie, abgesehen von den Vorteilen, die sie aus der Situation ziehen können, den bereits betrügerischen „europäischen Zusammenhalt“ nicht weiter beschädigen wollen ... dann bleiben nur zwei Antworten.

Was bedeutet das für uns? Ist das „Abkommen“ eine Farce, oder leben wir in einer Farce, die den Anschein eines auf Wahlen basierenden Systems hat? Ist die Strategie der Trumpisten nur eine Frage der Optik, für Wahlgewinne und entsprechende wirtschaftliche Vorteile, oder leben wir in einer Bananenrepublik?

Ich erinnere mich noch an die Verhandlungen über die berühmte TTIP (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft) zwischen den USA und der EU unter Obama, die Trump unterbrochen hat. Die Verhandlungen über dieses Abkommen begannen im Juli 2013, waren aber im Gehei-

men schon viel länger in Vorbereitung und stellten das Stück dar, mit dem Obama hoffte, die USA – auch auf Kosten der EU – zu retten. An der Vorbereitung und Prüfung der Vorschläge auf europäischer Seite waren Hunderte von Großunternehmen (die größten Nutznießer) und alle Sozialpartner beteiligt. Ich erinnere mich noch gut daran, wie die Techniker und Stabschefs der verschiedenen an den Verhandlungen beteiligten Generaldirektionen der Kommission bei bilateralen Treffen zwischen Arbeitgebern und europäischen Gewerkschaften, hochrangigen Konferenzen und anderen Veranstaltungen auftraten, um die TTIP vorzustellen und die verschiedenen Akteure von ihren Vorteilen zu überzeugen. Auf dem Spiel standen Handelsbeziehungen im Wert von 210 Milliarden Euro (120 Mrd. Euro für die EU, 90 Mrd. Euro für die USA). Der Text wurde unter die Lupe genommen, es wurden sektorale Studien erstellt, und es wurden zahlreiche Kritikpunkte vorgebracht.

Tatsache ist, dass TTIP, wenn man es ernst nimmt, ein sehr aktuelles Beispiel dafür ist, wie diese Dinge passieren und welche materiellen Kräfte sie involvieren. Die Gewissheit, dass TTIP, wie CETA mit Kanada, umgesetzt werden sollte, ergab sich nicht nur aus dem geschriebenen Text, sondern aus der Tiefe der Diskussion, dem Engagement der Akteure und der Überzeugungskraft der wirtschaftlichen Kräfte, die an der Umsetzung beteiligt waren. Der Text würde dies widerspiegeln. Wenn er erfüllt werden sollte, dann musste er ernst genommen werden.

Was sich zwischen Trump und Ursula von der Leyen abgespielt hat, ist etwas ganz anderes und in diesem Licht betrachtet äußerst beunruhigend. Ein Abkommen dieser Tragweite, ohne Diskussion, Studie, Planung oder Anleitung zu seiner Anwendung in der Praxis oder dazu, wie die reale Wirtschaft auf jede seiner Bestimmungen reagieren wird. Kein einziges schriftliches Dokument, kein Plan zur Überprüfung, keine Studie, keine wirtschaftliche Prognose über mögliche Auswirkungen?

Glaubt irgendjemand, dass Verhandlungen auf dieser Ebene ohne eine gründliche Untersuchung der Auswirkungen und Folgen ablaufen? Ohne rigorose Analysen, sogar mit unseren Henkern, über Optionen, Vorteile, Nachteile, Verhandlungsspielräume und andere Variablen? Ist das, was wir in Istanbul erlebt haben, die neue Normalität? Eilige Vereinbarungen für die Presse, nicht um Probleme zu lösen, sondern um bestimmte Entscheidungen vor der öffentlichen Meinung zu rechtfertigen? Sind diese Vereinbarungen nur ein Mittel, um Geschichten zu erzählen und den Schein zu wahren?

Wenn dies die Antwort ist, dann müssen wir zugeben, dass wir tatsächlich in einer gewaltigen Farce leben. Aber wenn wir das Gegenteil zugeben – dass die Mitgliedstaaten, in denen das Wahlrecht die Regierungsakte bestätigt, teilnahmslos zusehen, wie diese Art von Verhandlungen von jemandem geführt wird, von dem jeder weiß (und dessen Handlungen beweisen), dass er den USA gegenüber loyaler ist als gegenüber den Europäern – dann sagt uns das, dass wir in einer Plutokratie leben.

Ein System, in dem jemand im Namen derjenigen, denen die Bürokraten und Technokraten der EU-Kommission dienen, Angst macht, manipuliert, Entscheidungen trifft und Politiken anwendet, ohne sie zu hinterfragen, und dabei nur handelt, um die fortgesetzte Plünderung der wirtschaftlichen Ressourcen zu rechtfertigen, die sich noch im Besitz der Arbeiterklasse befinden – seien es ihre Häuser oder die in Verträgen, Gesetzen und Verfassungen verankerten sozialen Rechte. Die Antwort liegt irgendwo dazwischen.

Letztendlich werden jedoch die Menschen, die Kraft ihrer Souveränität als Quelle demokratischer Legitimität und ihr Kampf darüber entscheiden, inwieweit dieses Abkommen angewendet wird, inwieweit die Unternehmen die 15 Prozent Zölle durch Lohndrückerei auffangen können oder ge-

zwungen sind, sich neue Märkte zu suchen, ob die EU diesen Weg der Dämonisierung unverzichtbarer Partner wie der Russischen Föderation und China (jetzt dämonisiert Trump auch Indien und Kanada) fortsetzen wird und ob die EU diese Welle der Vernichtung der europäischen Lebensart überleben und sie gegen ein Projekt nach argentinischem Vorbild eintauschen wird.

Die Alternative zu diesem Kampf, dieser Emanzipation und Befreiung aus den Klauen der Globalisten, die auch Trump mobilisiert, wird die Umwandlung der EU in eine Art Lateinamerika sein – nur schlimmer: mit einer alternden Bevölkerung und ohne natürliche Ressourcen.

Wenn eine Gesellschaft aufhört, über das gewünschte Zukunftsmodell nachzudenken, und sich von der Flut treiben lässt, bleiben ihr nur die Reste der Entscheidungen anderer. Das ist das Leben von Ländern, die der Zentrifugalkraft der Ressourcengewinnung ausgesetzt sind, wie es die EU heute ist.